

Auf der Suche nach einer breiten Wählerkoalition

Lothar Probst
über die Zukunft der SPD

Die SPD hat sich unter Andrea Nahles viel vorgenommen: Sie will durch gute Regierungsarbeit überzeugen und gleichzeitig wieder mehr Eigenprofil entwickeln. Mit Debattencamps, Regional-konferenzen, Verbesserung der internen Kommunikation und programmatischer Klarheit rund um die Themen Sozialstaat, Arbeit, Wirtschaft, Klima und Migration will die Partei zu neuen Ufern aufbrechen. Manches davon ist weder neu noch originell, anderes klingt wie die verzweifelte Suche nach dem richtigen Schlüssel für einen politischen Neubeginn.

Dabei droht die Erkenntnis verloren zu gehen, dass es bei der Abwärtsspirale der

SPD nicht um eine temporäre Formschwäche geht, sondern um strukturelle Probleme, mit denen sich auch andere sozialdemokratische Parteien in West-europa konfrontiert sehen. Einige Soziologen sehen die Ursache für diese Probleme darin, dass im Zuge der Globalisierung ein wirtschaftlicher Neoliberalismus eine unheilvolle Allianz mit einer libertären Kultur der Differenz eingegangen ist. Das spalte die Gesellschaft gewissermaßen in Globalisten, die ökonomisch, sozial und kulturell die Früchte der Globalisierung genießen, und Anti-globalisten, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen verharren, kaum Aufstiegsmöglichkeiten haben sowie offen für rechtspopulistische Parolen sind. In ihren sozialen Lebenslagen, Lebensstilen, kulturellen Präferenzen und politischen Orientierungen driften diese Milieus immer weiter auseinander.

Wenn die SPD unter diesen Voraussetzungen Volkspartei bleiben will, muss sie eine Antwort auf die Frage finden, wie man trotz dieser Aufspaltung eine breite Wählerkoalition formen kann. Die häufig zu hörende Formel vom „starken Staat“ könnte ein Schlüssel sein, denn in allen Milieus gibt es Erwartungen an den Staat, die durchaus vereinbar sind: Eine gute Infrastruktur im öffentlichen Bereich, sei es bei Verkehrswegen, Schulen oder Kitas, ein guter staatlicher Bürgerservice, Schutz vor Kriminalität, angemessene Löhne auch für Pflegekräfte und Verkäuferinnen und eine auskömmliche Rente – das sind Dinge, an denen alle ein Interesse haben.

Als Volkspartei müsste die SPD darüber hinaus die Entwertungserfahrungen der neuen Unterklasse und die Abstiegsängste der alten Mittelklasse ernst nehmen und ihnen in Bezug auf ihre Gemeinschafts-

und Schutzbedürfnisse etwas anbieten, das sie gleichzeitig von den Rechtspopulisten unterscheidet – eine Art weltoffenen Patriotismus. Auf einen Nenner gebracht: Die SPD muss sozialpolitisch moderat nach links und gesellschaftspolitisch moderat nach rechts rücken, um wieder mehrheitsfähig zu werden.



Unser Gastautor

ist Professor und Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Bis zu seiner Pensionierung im April 2016 war er dort Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.